

40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

**Gegenstand: Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes nach § 30 GemO -
Georg Emes (CDU)**

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Georg Emes (CDU) per Handschlag nach § 30 GemO als neues Mitglied des Stadtrates. Er weist auf die Einhaltung der Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hin.

Gegenstand: Einbringung der Haushalte 2014 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung mit der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters

Schwerpunktt Themen der Haushaltsrede von Oberbürgermeister Hansjörg Eger sind auch in diesem Jahr der Kommunalbericht des Landesrechnungshofes zur Finanzlage der rheinland-pfälzischen Kommunen, das Konnexitätsprinzip bezüglich der Übertragung zusätzlicher Aufgaben von Bund und Land auf die Kommunen und die Auswirkungen des Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) auf die kommunalen Haushalte im Land und in Speyer sowie die Entwicklung des Schuldenstandes und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommunen. In diesem Zusammenhang nimmt er auch Bezug auf die Umstrukturierung der Stadtentwicklung und der Wirtschaftsförderung in Speyer, die nach seinem Dafürhalten im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung neue Wege beschreiten muss.

In seiner Haushaltsrede führt er folgende Eckpunkte des Haushaltsplanes für 2014 auf:

Der Gesamtergebnishaushalt weist bei laufenden Erträgen von rund 125,4 Mio. €, laufenden Aufwendungen von rund 141,9 Mio. € und dem Saldo aus Zinsaufwendungen und –erträgen von rund 3,3 Mio. € ein Defizit von rund 19,79 Mio. € aus.

Ein besonderes Augenmerk richtet der Oberbürgermeister dabei erneut auf den größten Einzelposten bei den Aufwendungen, den Teilhaushalt 4: Jugend, Familie und Soziales, der mit einem Aufwand von rund 74,8 Mio. € bei einem Zuschussbedarf von 47,6 Mio. € einen deutlichen Anstieg zum Vorjahr ausweist. Dies gilt auch für die Entwicklung der Personalkosten, die in 2013 voraussichtlich 41,1 Mio. € betragen werden. Dabei ist die 2013 verfügte, halbjährige Nachbesetzungssperre für freiwerdende Stellen bereits berücksichtigt; Personalmehrungen im Erzieher(innen)- und Feuerwehrbereich sowie die Tariferhöhungen, die aus seiner Sicht inhaltlich vollkommen gerechtfertigt sind, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des kommunalen Dienstes nicht völlig von der wirtschaftlichen Entwicklung abzuhängen, überkompensieren diesen Effekt jedoch.

Der Finanzhaushalt weist bei laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit von 122,17 Mio. €, lfd. Auszahlungen von 131,35 Mio. €, Zins- und Finanzeinzahlungen von 2,37 Mio. € und Zinsauszahlungen von 5,6 Mio. € ein Defizit von 12,4 Mio. € aus. Dazu kommen die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Zuweisungen und Beiträge) mit 2,06 Mio. € und die Auszahlungen für Investitionen mit 6,4 Mio. €, also ein Saldo von rund 4,3 Mio. €. Dadurch erhöht sich der Finanzmittelfehlbedarf auf 16,7 Mio. €. Durch die Differenz zwischen Darlehensaufnahme und Tilgungsleistungen verringert er sich auf 14,9 Mio. €.

Dem Finanzhaushalt ist ferner zu entnehmen, dass bei einer Darlehensaufnahme von 4.337.490 € und einer Tilgung von 2.507.400 € im kommenden Jahr leider eine Neuverschuldung von 1.830.090 € veranschlagt werden muss.

Als die wesentlichen Investitionsmaßnahmen im Jahr 2014 nennt der Vorsitzende folgende Punkte:

- | | | |
|---|--|-------------|
| ➔ | Neubau Kita Speyer Süd | 550.000 € |
| ➔ | Kompensationsbau Villa Kunterbunt | 1.500.000 € |
| ➔ | Weiterführung "Soziale Stadt SP-West" | 602.500 € |
| ➔ | Stadtumbau im Rahmen "Entwicklungsband Kernstadt Nord" | 340.000 € |
| ➔ | Verbesserung der Fahrradinfrastruktur | 400.000 € |

→ Straßenausbaumaßnahmen insgesamt 1.399.000 €

Mittel für die Optimierung der Feuerwehrversorgung können erst eingestellt werden, wenn eine entsprechende Entscheidung über die weitere Entwicklung vom Rat gefasst wird.

Die Haushalte der selbständigen Stiftungen weisen erfreulicherweise Überschüsse aus.

40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Neufassung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 mit dem Nachtragshaushaltsplan der Stadt
Vorlage: 1173/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss. Die Änderung beruht auf dem Wunsch der ADD und betrifft lediglich die Darstellung. Inhaltlich ergeben sich daraus keine Änderungen für die Satzung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen, BGS-Fraktion) die Neufassung der 1. Nachtragshaushalt 2013 in der laut Vorlage aufgeführten Form.

Gegenstand: Konversion; Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 03.11.2013
Vorlage: 1184/2013

Gegenstand: Überplanung des so genannten "Polygon-Geländes";
Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 01.10.2013
Vorlage: 1158/2013

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die SPD-Anfrage zur Konversion und der Antrag der SWG-Fraktion zur Überplanung des Polygon-Geländes gemeinsam beraten, da sie in einem inhaltlichen Kontext stehen. Dem stimmt der Stadtrat zu.

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die SPD-Anfrage wie folgt:

1. Die Verwaltung hat keine Kenntnis über einen früheren als den bisher kommunizierten Abzug der Truppen. Es bleibt bei Frühjahr 2016.
2. Es gibt hinsichtlich der Übergabe des Wasserübungsplatzes Reffenthal in eine nachmilitärische Nutzung keine geänderten Angaben zum Zeitpunkt. Auch hier wird nach wie vor vom Frühjahr 2016 ausgegangen.
3. Für den Wasserübungsplatz Reffenthal gibt es keine konkreten Überlegungen hinsichtlich der Verwendungsmöglichkeit. Es existieren Interessensbekundungen verschiedener Gruppierungen und Einzelpersonen. Was tatsächlich an denkbaren Verwendungsmöglichkeiten in Frage kommen könnte, soll der zu beauftragende Masterplan herausstellen.
4. Es gab zwei informelle Treffen mit Vertretern der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Dabei bestand Einigkeit, dass die Beauftragung eines Projektbüros zur Erstellung eines Masterplans erfolgen sollte.
5. Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur ist mittelbar über die ADD in die Konversionsthematik eingebunden. Die ADD hat im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung der Flächen eine finanzielle Förderung des zu beauftragenden Masterplans in Aussicht gestellt.
6. Es liegt kein konkretes Angebot der Entwicklungsagentur an die Stadt Speyer vor. Die Möglichkeit der Konversionsberatung durch die Entwicklungsagentur ist der Verwaltung bekannt und sie wird diese im konkreten Bedarfsfall gern in Anspruch nehmen. (Die Verwaltung selbst hat in ihrem zum Konversationsdialog am 11.12.2012 erstellten Infoblatt den Link zur Entwicklungsagentur abgedruckt)
7. Die Verwaltung beabsichtigt Ende Februar 2014, nach der Beauftragung des Projektbüros zur Erstellung des Masterplans in Abstimmung mit BImA und ADD, den im Rat beschlossenen Ausschuss erstmals einzuberufen. Hierzu ist im Übrigen noch die Nennung der aus den Fraktionen zu beteiligenden Mitglieder an die Verwaltung erforderlich.

Herr Feiniler fordert in seiner Zusatzanmerkung zur Anfrage, dass mit der Arbeit des Ausschusses zügig begonnen werden sollte; zudem liege ihm keine Aufforderung zur Meldung von Ausschussmitgliedern vor.

Hinsichtlich des SWG-Antrages weist der Vorsitzende eingangs darauf hin, dass mit der BlmA vereinbart wurde, gemeinsam mit der Stadt Nutzungskonzepte für alle vier Liegenschaften zu entwickeln, die dann in eine sogenannte Masterplanung münden sollen.

Eine frühzeitige Bebauungsplanung für das Polygon-Gelände würde nicht den Absprachen entsprechen und v.a. auch dem Ziel einer Gesamtplanung entgegenlaufen. Gerade im Zusammenhang mit der Konversion wurde in den bisherigen stadtentwicklungspolitischen Diskussionen Wert darauf gelegt, keine nicht abgestimmte Einzelplanung zu verfolgen, sondern eine gesamtstädtische Betrachtung vorzuschalten. Dazu sind Raum- und Bedarfsanalysen, Befragungen und Abstimmungen mit Fachplanungen durchzuführen, auf deren Basis die weitere Nutzung (auch Grünnutzung) fundiert begründet und dann entsprechend (bauleitplanerisch) umgesetzt werden kann.

Für das Ziel der SWG, „eine naturbelassene Fläche“ zu sichern, ist darüber hinaus nicht die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Aktuell ist die Fläche als Außenbereich nach § 35 BauGB einzustufen. Demnach ist dort ein Bauvorhaben nur zulässig, wenn u.a. öffentliche Belange dem Projekt nicht entgegenstehen. Zu den öffentlichen Belangen gehört die Darstellung des Flächennutzungsplanes. Das Polygon-Gelände ist als Militärgelände im FNP 2020 der Stadt Speyer dargestellt, womit Bauvorhaben, die nicht mit einer militärischen Nutzung im Zusammenhang stehen, nicht genehmigungsfähig sind. Damit kann auch ohne Bebauungsplan der Status Quo erhalten bleiben.

In der ergänzenden mündlichen Begründung unterstreicht Herr Roßkopf nochmals die Bedeutsamkeit des Gebietes für den Klimaschutz in Speyer. Die Stadt sollte die ihr zustehende Planungshoheit nutzen und den planerischen Stand festschreiben, was aus seiner Sicht sehr einfach wäre. Die SWG-Fraktion wünscht, dass sich die Verwaltung mit dem Stadtrat über die Planungen unterhält und keine externen kostenpflichtigen Büros einschaltet; im Übrigen plädiert er für die Reaktivierung des Planungsbeirates.

Aus Sicht von Herrn Dr. Jung ist der SWG-Antrag ein klassischer Punkt für die erste Sitzung der Konversions-Arbeitsgruppe. Er sieht jedoch grundsätzliche Probleme darin, ein naturbelassenes Grundstück im Außenbereich mit einem Bebauungsplan zu überziehen. Ein Masterplan ist sicherlich wichtig, ersetzt aber die politische Willensbildung nicht. Auch andere Vereine haben bereits ein großes Interesse an dieser Fläche angemeldet, z.B. der Ski-Club Speyer. Denkbar wäre u.U. auch die Anpflanzung einer Plantage zur Produktion von Bio-Masse für ein Hackschnitzel-Blockkraftwerk. Die Sanddünen sind sicherlich absolut schützenswert, diskutiert werden kann aber über die Randbereiche.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt laut Herrn Czerny eine Besprechung des Antrags in der Arbeitsgruppe. Denkbar wäre aus seiner Sicht auch die Schaffung von P+R-Parkplätzen für einen Shuttleverkehr in die Innenstadt zur Verringerung des individuellen Stadtverkehrs sowie von Lärm und Abgasen; auch mit Blick auf kommenden S-Bahn-Halt Süd. Außerdem sollte in diesem Zusammenhang über vergünstigte Schultarife verhandelt werden.

Beschluss:

Der Antrag der SWG-Fraktion wird einstimmig in den Konversionsausschuss verweisen, der Anfang 2014 erstmals tagen wird.

Gegenstand: Ökologischer Mietspiegel;

- **Sachstandsbericht - Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/
Die Grünen vom 03.11.2013**

- **Neufestsetzung der angemessenen Kosten der Unterkunft
nach dem SGB II und SGB XII - Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 03.11.2013**

Vorlage: 1182/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

Ein erster Entwurf des Mietspiegels liegt vor und wird am 2. Dezember mit den beteiligten Vereinen (Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerverspeyer e.V., Hauseigentümer- und Vermieterverein e.V. und Mieterverein für Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal e.V.), dem Amtsgericht und den beteiligten Institutionen besprochen. Die Ergebnisse der Befragung zur energetischen Beschaffenheit sowie der Wunsch der Rechtsabteilung nach einer Neueinteilung der Wohnungsgrößen sind berücksichtigt. Wenn der Entwurf in dieser Sitzung akzeptiert wird, kann der Mietspiegel gedruckt und veröffentlicht werden. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass in der Sitzung noch Änderungsbedarf festgestellt wird und nochmals eine Überarbeitung erforderlich wird.

Der Beginn der Mietspiegelbefragung war zunächst für das 1. Halbjahr 2012 vorgesehen. Da die Haushaltsmittel jedoch erst zur Jahresmitte zur Verfügung standen, konnten wir nicht wie geplant beginnen. Wir mussten bis dahin auch in Betracht ziehen, dass uns die Mittel gestrichen werden könnten, da es sich bei dem Mietspiegel um eine freiwillige Leistung handelt.

Inzwischen bot sich die Möglichkeit, an dem Forschungsprojekt „Modellkommunen Energetische Mietspiegel“ teilzunehmen, das vom Institut Wohnen und Umwelt (IWU) im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) durchgeführt wird. Die Teilnahme an diesem Projekt wird mit einem Zuschuss des BBSR honoriert. Der Zuschussantrag wurde am 3. Dezember 2012 seitens der Bauverwaltung für den Mehraufwand für die energetische Komponente gestellt. Am 20. Dezember 2012 erhielten wir den Bewilligungsbescheid über eine Zuwendung in Höhe von 22.194 € (= 90 % aus 24.660 €).

Mit der Befragung wurde Ende Januar 2013 begonnen. Der Rücklauf der Fragebögen erfolgte leider nicht so zügig wie erwartet. Wir mussten mehrmals nachfassen, so dass die Befragung erst zur Jahresmitte als abgeschlossen betrachtet werden konnte. Seitens des BBSR wurde uns eine Verlängerung der Projektlaufzeit bis zum 31. Dezember 2013 eingeräumt. Die Auswertung der Fragebögen und die Erstellung des Entwurfs nahm das Institut Weeber + Partner vor.

Aufgrund der Erfahrungen mit den früheren Mietspiegeln gehen mit der Erwartung eines positiven Ergebnisses in die Sitzung am 2. Dezember. Die Änderungen, die in diesen Sitzungen beschlossen wurden, waren meistens ohne größeren Aufwand einzuarbeiten. Nur einmal wurden Nacherhebungen erforderlich.

In der Ergänzungsfrage möchte Frau Münch-Weinmann wissen, ob ein Fördermittelverfall droht, wenn der Mietspiegel bis Ende Dezember nicht beschlossen sein sollte und ob die Förderung nur durch Geld oder auch in fachlicher Hinsicht erfolgt. Die Mittel gehen dann nach Ansicht der Verwaltung vermutlich verloren. Fachlicher Vorteil ist u.a., dass der

Fragebogen im Rahmen des Projekts zusammen mit anderen Teilnehmerkommunen entwickelt wurde. Hauptproblem für die Verzögerung war die Anzahl der ausgefüllten Rückmeldungen.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Festsetzung der Unterkunftskosten nach SGB wird einstimmig unmittelbar in den Sozialausschuss zur weiteren Beratung verwiesen, wenn die Zahlen im Dezember vorliegen.

**Gegenstand: Kommunikations- und Marketingkonzept für die städtischen Buslinien; Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2013
Vorlage: 1183/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Begründung des Antrags durch Herrn Czerny führt dieser aus, dass es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um ein Konzept geht, wie man, zur Verminderung von Individualverkehr mit den entsprechenden Auswirkungen wie Lärm-, Feinstaub- und CO₂-Minderung, mehr Fahrgäste in die Busse bekommt. Analog zur Einführung der S-Bahn regt er die Verteilung der Fahrpläne über das SWS-Kundenmagazin an alle Haushaltungen an.

Aus Sicht des Vorsitzenden liegt es im originären Interesse des Busbetreibers, mehr Kunden zu gewinnen. Deshalb wird an einer Broschüre zur Linien-Netzstruktur und -Vertaktung derzeit gearbeitet. Die SWS richten gerade die neuen Haltestellen ein, weshalb er auch Beschwerden von Anliegern sammelt, die keine Bushaltestellen vor dem Haus wollen. Eine Ausgabe der Informationsbroschüre über die SWS ist vorgesehen. Dazu wird es auch ein Pressegespräch Anfang Januar geben. Außerdem wird in der Anlaufphase (4-6 Wochen) eine Hotline geschaltet; es wird also ein großer Strauß von Maßnahmen angeboten. Die Broschüre wird mit 35.000 Exemplaren produziert. Schulen und große Behörden werden gesondert informiert.

Herr Czerny begrüßt diese Aktivitäten, ist jedoch der Meinung, die Änderung des ÖPNV-Angebots gehöre auch auf die Startseite des Internetauftritts der Stadt Speyer. In diesem Zusammenhang regt Herr Dr. Lorenz an, die Marke KISS mit den ÖPNV-Informationen zu verknüpfen.

Aufgrund des umfangreichen Sachvortrages vertritt der Vorsitzende die Auffassung, dass der Antrag im Wesentlichen als erledigt betrachtet werden kann. Dem schließt sich die antragstellende Fraktion an.

Gegenstand: Entwurf Verkehrsentwicklungsplan – weitere Vorgehensweise

Eingangs weist der Vorsitzende darauf hin, dass es sich bei dem verteilten VEP-Exemplar um einen VOR-Entwurf handelt, der noch keinen Beratungsstatus hat. Er umfasst eine Auflistung möglichst aller Konfliktpunkte im Stadtverkehr, aber keine abschließenden Lösungsansätze, wobei die gemeinsamen Zielsetzungen klar sind: mehr Fußgänger- und Radverkehr sowie ÖPNV und weniger motorisierter Individualverkehr. Ein Beispiel ist die Verkehrsberuhigung der Achse Himmelsgasse - Johannesstraße – Armbruststraße; ist diese machbar und sinnvoll? Im VEP-Vorentwurf sind 3 Möglichkeiten als Arbeitsentwurf berechnet, es wird aber keine Entscheidung getroffen; darüber wird u.a. zu sprechen sein. Auch der Wunsch nach einer vertiefenden Betrachtung des Schulverkehrs wurde bereits wiederholt angesprochen.

Herr Dr. Jung spricht von einer insgesamt sehr umfassenden Themensammlung und regt für die CDU-Fraktion an, die Arbeitsgruppe wieder zusammen zu rufen, um die einzelnen Punkte abzuarbeiten. Hierzu bedarf es nach Auffassung des Vorsitzenden eines Beschlusses durch den Rat, dass der vorliegende Vorentwurf die künftige Arbeitsunterlage darstellt.

Die SPD-Fraktion begrüßt durch Frau Spoden die überparteiliche Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe sehr.

Herr Czerny liest im VEP-Vorentwurf viel Interessantes, übt aber Kritik an der Reihenfolge und am Stellenwert des Radverkehrs im Vorwort. Während dem Bereich Parken 15 Seiten gewidmet werden, umfasst der Radverkehr gerade einmal 4 Seiten. Rad- und Fußgänger gehören nach seiner Ansicht weiter nach vorne. Weder Seitenanzahl noch Position stellen nach Auskunft des Vorsitzenden eine Gewichtung dar. Parksuchverkehr schafft jedoch eine deutlich höhere Betroffenheit bei allen Beteiligten. Herr Czerny kritisiert weiter, dass ein Zusammenhang von Radverkehr und Auswirkungen auf den Einzelhandel noch nirgendwo in Deutschland untersucht wurde, auch hier in Speyer nicht. Der Vorsitzende sieht in den Feststellungen der Grünen eine generelle Kritik, dass der Radverkehr mit Blick auf den Einzelhandel unterrepräsentiert ist, weist allerdings darauf hin, dass zusätzliche Erhebungen den Fortgang weiter verzögern würden. Der Autoverkehr verursacht schlichtweg deutlich mehr Probleme wie Radfahrer.

Herr Roßkopf will an den vorherigen Antrag der SWG anknüpfen und möchte Baustellen abschließen. Daher äußert er nur sehr beschränktes Verständnis für eine weitere Vertagung des Punktes. Er selbst ist inhaltlich vorbereitet und hofft, dass die Verkehrsentwicklungsplanung noch vor der Wahl beschlossen werden kann. Außerdem will er eine konkrete Anmerkung zur Bushaltestelle auf dem Lyautey-Gelände machen und zitiert aus den Beratungen zum Ratsbeschluss über die Linienführung und die Äußerungen von Herrn Dr. Winnes hierzu, die nun offensichtlich obsolet sind. Er hätte noch weitere Punkte anzumerken, kann diese aber auch in der Arbeitsgruppe vorbringen, z.B. zum Fahrradverkehr und zum Thema Shared-Space auf dem Postplatz. Der Vorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auf einen noch abzuarbeitenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der in der VEP-Arbeitsgruppe anhängig ist.

Herr Dr. Lorenz sieht in dem Entwurf einen guten Ansatz als Arbeitsgrundlage, regt aber an, nicht nur auf die Stärkeren im Verkehr zu sehen. Nach seiner Auffassung müsste man die Thematik mehr aus der Sicht der Radfahrer angehen, um eine Fahrradstadt verwirklichen zu können. Für den Vorsitzenden sind die Zielfelder klar umrissen: Reduzierung der Verkehrsbelastung, Reduzierung des Lärms, Priorisierung von Fußgängern und Radfahrern.

Herr Dr. Jung wiederholt seine Ansicht, dass der Vorentwurf Probleme analysiert, aber kaum Lösungen enthält. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe sollte diese Punkte nun aufgreifen und besprechen.

Für Herrn Feiniler gibt es heute an sich nichts zu beschließen. Der VEP-Vorentwurf ist in Ordnung, alles Weitere soll die Arbeitsgruppe abklären. Bei einer Beratung im Plenum käme man mit den Detailfragen vermutlich auf keinen grünen Zweig. Der Vorsitzende ergänzt, dass auch die Arbeitsgruppe die Konfliktpunkte nicht in zwei, drei Wochen aufarbeiten wird können. Es handelt sich um einen Prozess über Jahre.

Das hervorragende Vorwort sollte nach Ansicht von Herrn Jaberg fester Bestandteil des VEP werden, da es knapp umrissen die Zielsetzungen formuliert.

Frau Spoden regt an, den Behindertenbeauftragten in die Arbeitsgruppe einzubinden; dies ist nach Auskunft der Verwaltung bereits der Fall.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der vorgelegte VEP-Vorentwurf wird als Arbeitsgrundlage für die interfraktionelle Arbeitsgruppe festgelegt. Das Vorwort wird dahingehend ergänzt, dass es sich bei den Zielsetzungen um die erklärten Willen des Stadtrates handelt.

Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 019 D "Alte Ziegelei"
hier: Auswertung der erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 1167/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Einleitend verweist der Vorsitzende auf die ausführliche Diskussion und Beratung im Bau- und Planungsausschuss sowie den breiten Konsens und die Beschlussempfehlung dort. Er informiert darüber, dass sich die Informationslage seitdem geändert hat. Der Antrag des Rheinkollegs an die Landesdenkmalschutzbehörde zur Unterschutzstellung der Lagergebäude wurde von dort zwischenzeitlich abgelehnt, hat keinerlei Denkmalwert erkannt wird.

Herr Feiniler schlägt vor, dass pro Fraktion/Gruppierung nur eine inhaltliche Äußerung abgegeben werden kann, um zu vermeiden, dass die inzwischen mehrfach vorgetragenen Positionen abermals wiederholt werden. Der Vorsitzende ergänzt launig, man müsse dieses Recht nicht zwangsläufig in Anspruch nehmen. Diesem Vorschlag stimmt der Rat bei 1 Gegenstimme (BGS, F. Ableiter) zu.

Herr F. Ableiter erläutert, er habe den vorliegenden Bebauungsplan genau analysiert und ihm seien eine Reihe von Dingen aufgefallen, die zu dessen Ablehnung führen. Im Rahmen seiner Ausführungen wird er vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen, da sie nicht den B-Plan sondern den städtebaulichen Vertrag betreffen, der Bestandteil der nichtöffentlichen Sitzung ist.

Herr Jaberg erinnert an den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom Juni auf getrennte Abstimmung wegen der Verknüpfung von Erlus-Gelände und den Steber-Grundstücken. Die Grünen sehen darin ein Abrücken von den Vorgaben des Siegerentwurfs aus dem städtebaulichen Wettbewerb. Die Situation würde mehr an den Starnberger See als an eine urbane Stadtbebauung erinnern. Der vorliegende B-Plan würde dieses Wettbewerbsergebnis ad absurdum führen, deshalb werden die Grünen ihn ablehnen, obwohl gegen die eigentliche Erlus-Bebauungsplanung keine Einwände bestehen. Der Vorsitzende erläutert nochmals, dass eine Abtrennung schon rein rechtlich nicht möglich wäre.

Herr Feiniler erinnert daran, dass die Erlus-Bebauung seit nunmehr 6 Jahren Rat und Gemüter beschäftigt. Das Wettbewerbsergebnis wurde seinerzeit von allen Fraktionen mitgetragen, wobei für ihn bis heute nicht zu verstehen ist, warum die bestehende Bebauung ignoriert bzw. übersehen wurde. Für ihn begann schon damals das Desaster der Erlus-Planung. Er kritisiert scharf die Anschuldigungen einiger Personengruppen, die eigene Interessen vertreten und dabei das Rheinkolleg vor ihre Karren spannten, und deren Vorwürfe bis hin zu einer Amigo-Affäre und zu Enteignungsverhalten gehen. Die Behauptung, auf dem Gelände der Wasserschutzpolizei würde erstmalig Baurecht geschaffen, ist definitiv falsch. Er erinnert zudem an die brachliegenden Gewerberäume in den Hafenvillen und wirft die Frage auf, was nun also auf dem Erlus-Gelände an Gewerbe angesiedelt werden soll. Die strittige Fläche stellt gerade einmal 5 % des Gesamtvorhabens dar, wurde aber in den Fokus der Diskussion gestellt. Aus seiner Sicht hätte der Bürgerpark etwas kleiner ausfallen können, da er die Bebauung massiv an die Franz-Kirrmeier-Straße drängt. Der Rat muss heute eine Entscheidung treffen, die das Bild der Stadt auf Jahre prägen wird. Er kündigt für die eine SPD-Fraktion mehrheitliche Zustimmung an.

Auch Herr Dr. Jung findet es verwunderlich, dass auf zwei kleinen Einfamilienhäusern herumgeritten wird, wenn man bedenkt, welche große Bebauung insgesamt dort entstehen

wird. Es handelt sich um Grundstücke, die absolut im Randbereich des Gesamtareals liegen und nur eine Anpassung an die bestehende Bebauung darstellen. Er äußert auch kein Verständnis für das Rheinkolleg, das mit teilweise deftigen Worten an die Fraktionen herantreten sei und die er entschieden von sich weist; dies auch im Hinblick auf die Führung der Hochwasserschutzlinie, die nach den Vorstellungen des Rheinkollegs die Bestandsbebauung aus dem Schutz ausgeschlossen hätte. Vielmehr sollten die positiven Aspekte gesehen werden, da im Wesentlichen das entsteht, was das Rheinkolleg eigentlich dort haben wollte. Auch die wirtschaftlichen Aspekte für die Region sind während der Bauphase nicht außer Acht zu lassen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 9 Gegenstimmen – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, BGS-Fraktion, Ratsmitglied Die Linke, Deutsch – SPD und 1 Enthaltung: Pade – SPD):

1. Den Beschlussvorschlägen zu den in der erneuten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungen (§ 4a Abs. 3 BauGB) vorgetragenen Anregungen wird gefolgt.
2. Der vorliegende Entwurf zum Bebauungsplan einschließlich Begründung wird gebilligt.
3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden gemäß § 88 LBauO als Satzung über „Örtliche Bauvorschriften“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 019 D „Alte Ziegelei“ beschlossen.
4. Die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 88 LBauO in den Bebauungsplan Nr. 019 D „Alte Ziegelei“ integriert.
5. Der Rat der Stadt Speyer beschließt den Bebauungsplan Nr. 019 D „Alte Ziegelei“ gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Satzung auszufertigen und den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.

**Gegenstand: Zustimmung zum Erwerb der Geschäftsanteile an der
Trägersgesellschaft des Windparks Hatzenbühl
Vorlage: 1174/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Czerny fragt nach den Auswirkungen der erwarteten Beschlüsse der neuen Bundesregierung zur Senkung der Förderung von Windkraftanlagen. Zunächst geht es laut Vorsitzendem nur um die Beteiligung an der Betreibergesellschaft, die Frage der EEG-Umlage wirkt sich nachgeordnet auf die Frage der Wirtschaftlichkeitsberechnung aus. Der Standort Hatzenbühl ist von den Windverhältnissen laut Gutachter nach wie vor wirtschaftlich, während das Projekt in der Rheinebene zunächst zurückgestellt wurde. Allerdings wird diese Berechnung erst unmittelbar vor dem Bau der Windkraftanlagen abschließend erfolgen. Herr Bühring (SWS) ergänzt, die Beteiligung diene primär der Sicherung der Flächen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Speyer stimmt ohne Gegenstimmen Folgendem zu:

1. Eintritt der Stadtwerke Speyer GmbH als Kommanditist der sw Windkraft Hatzenbühl GmbH & Co. KG
2. Gemeinsame Gründung der Hatzenbühl Verwaltungs GmbH durch die Stadtwerke Speyer GmbH und die WEAG Future Energies AG
3. Eintritt der Hatzenbühl Verwaltungs GmbH als alleinige Komplementärin in die sw Windkraft Hatzenbühl GmbH & Co. KG

40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

**Gegenstand: Verbesserung der Wertstoffeffassung in Speyer;
Gemeinschaftsantrag von CDU, SWG und FDP vom 20. April 2012
Empfehlungen des Betriebsführers
Vorlage: 1177/2013**

Laut Vorsitzendem besteht offensichtlich ratsintern noch Klärungsbedarf, auch mit Blick auf die geringen Summen, die mit den Veränderungen umgesetzt werden und die nicht zwingend zum Kerngeschäft der EBS gehören. Er möchte den Werkausschuss dabei nicht übergehen. Deshalb sollen die Fraktionen nochmals alle Einwände darlegen, um den Punkt dann nochmals im Ausschuss zu beraten

Herr Dr. Jung weist darauf hin, dass ihm kein gemeinsamer Antrag zur Ausweitung des Sammelumfanges der EBS bekannt sei.

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und nochmals in den Werkausschuss zur Beratung zurückverwiesen.

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Entsorgungsbetriebe Speyer (EBS), Verwendung des Jahresergebnisses
Vorlage: 1178/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stellt den Jahresabschluss 2012 der EBS fest und stimmt der nachfolgend dargestellten Gewinnverwendung einstimmig zu:

Bilanzsumme:	<u>98.277.902,67 €</u>
Jahresergebnis:	
Erträge	14.977.821,06 €
Aufwendungen	<u>15.214.181,32 €</u>
Jahresverlust	<u>236.360,26 €</u>

Die Betriebszweige im Einzelnen:

1. Betriebszweig Abfalleinrichtung

Bilanzsumme:	<u>16.999.137,57 €</u>
Jahresergebnis:	
Erträge	4.929.031,23 €
Aufwendungen	<u>5.528.863,80 €</u>
Jahresverlust	<u>599.832,57 €</u>

Der Jahresverlust 2012 in Höhe von 599.832,57 € wird durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.

2. Betriebszweig Abwassereinrichtung

Bilanzsumme:	<u>91.946.754,52 €</u>
Jahresergebnis:	
Erträge	10.167.930,21 €
Aufwendungen	<u>9.804.457,90 €</u>
Jahresgewinn	<u>363.472,31 €</u>

Der Jahresgewinn 2012 in Höhe von 363.472,31 € wird in die allgemeine Rücklage eingestellt.

40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

Gegenstand: Zukünftige Struktur des Verkehrslandeplatzes Speyer
Vorlage: 1161/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss. Der Vorschlag dient der Arrondierung der Kerngeschäfte der beiden Gesellschaften.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: BGS-Fraktion, Ratsmitglied Die Linke, und 5 Enthaltungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Konzept der FSG GmbH vom 06.08.2013 mit den angesprochenen Grundstücksverkäufen zu.

Gegenstand: Sanierung von Beleuchtungsanlagen mit LED-Technik für die Innen- und Hallenbeleuchtung ab 2013
Vorlage: 1160/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende bittet aus aktuellem Anlass um Änderung der Vorlage und Aufnahme der Zeppelinerschule in das Verzeichnis. Dies steht im Zusammenhang mit der verteilten Tischvorlage im nichtöffentlichen Teil.

Herr Hinderberger erinnert an den Ratsbeschluss zur Förderung von Sportvereinen mit eigenen Sportanlagen und regt an, auch diese in die Sparüberlegungen einzubeziehen. Eine Aufnahme in dieses Programm ist laut Vorsitzendem aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Daher muss über eine Finanzierung anderweitig nachgedacht werden. Herr Hinderberger erläutert, der Deutsche Sportbund fördere Energiesparmaßnahmen mit bis zu 40 %; der Vorsitzende wirft ein, hierzu gäbe es allerdings mehrjährige Wartezeiten.

Herr F. Ableiter erklärt, die BGS-Fraktion tritt schon immer für Energiesparen und LED-Technik ein und wird daher zustimmen.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt laut Herrn Czerny die Sanierung der Anlagen, er hätte aber gerne gewusst, wie alt die Anlagen mit kurzzeitiger Amortisationszeit sind. Es handelt sich laut Vorsitzendem um ein unterschiedlich gestaffeltes Programm laufender Amortisationszeiten.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Sanierungskonzept, ergänzt um die Zeppelinerschule, einstimmig zu.

Gegenstand: Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Wirtschaftsförderung
Vorlage: 1190/2013

Die Anfrage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist auf den an sich verfristeten Eingang der Anfrage und legt die Unterscheidung zwischen einer Dringlichkeitsanfrage und einer Anfrage aus aktuellem Anlass dar, die er aber trotzdem gerne beantworten wird. Herr Feiniler kritisiert in diesem Zusammenhang den Umgang mit der Geschäftsordnung. Der Vorsitzende äußert die Hoffnung, dass es sich lediglich um eine Einmaligkeit wegen der aktuellen Presseberichterstattung handelt und beantwortet die Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung

Ich habe vorhin in meiner Haushaltsrede bereits ausgeführt, dass sich die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Stadt Speyer in den letzten Jahren deutlich verändert haben. Weil mir diese konzeptionellen Überlegungen sehr wichtig sind, will ich sie auch an dieser Stelle noch einmal kurz zusammenfassen: Eine moderne integrierte Stadtentwicklung/Wirtschaftsförderung kann sich nicht darauf beschränken, Leerstände auf dem privaten Wirtschaftssektor zu vermakeln. Es kommt aus meiner Sicht viel mehr darauf an, in der Wirtschaftsförderung strategisch zu denken und zu handeln, Potentiale zu heben oder auch in das Verhältnis zu anderen Nutzungen in der Stadt zu setzen. Ich sehe die Wirtschaftsförderung nicht mehr isoliert als singuläre Dienstleistung für ortsansässige bzw. ansiedlungswillige Unternehmen. Wirtschaftsförderung ist unter den gegebenen Umständen zu einer kreativen Gestaltungsaufgabe geworden, die im Team der Stadtentwicklung bewältigt werden muss. Und dabei müssen wir wirtschaftliche Interessen mit denen anderer gesellschaftlichen Gruppen ausgleichen. Ich bin angetreten und gewählt worden, um eine integrierte Stadtentwicklung umzusetzen. Wir haben diesen Plan mit den Strukturveränderungen im FB 5 und der Einstellung von Herrn Reif begonnen und werden ihn in den nächsten Jahren konsequent verfolgen.

zu Frage 1: Wie geht es weiter mit der WES?

Das Geschäftsmodell der WES beschränkte sich in den letzten Jahren darauf, freie Gewerbe- und Industrieflächen gegen Gebühr zu vermakeln. Schwerpunkte waren vor allem Pleiad, Lyautey oder auch die Auestraße. Eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft kann auch eine Grundstücksverwertungsgesellschaft sein, sie sollte aber, denke ich, mehr sein und dort ansetzen, wo die Verwaltung an ihre Grenzen stößt. Wir brauchen deshalb dringend eine konzeptionelle Aufwertung dieser Aktivitäten. Dabei denke ich auch an Initiativen zu Kooperationen mit den Universitäten der Region. Man muss über neue Betreibermodelle reden, über Dienstleistungszentren und die Vernetzung von Existenzgründern.

zu Frage 2: Wie werden die Aufgaben der Wifö in Zukunft verteilt?

Es ist vielleicht nach außen noch zu wenig wahrgenommen worden, wie sich die Wirtschaftsförderung/Stadtentwicklung in den letzten Monaten neu formiert hat. Der Fachbereich 5 für Stadtentwicklung hat gute Arbeit geleistet. Herr Reif und Frau Feiniler-Lehr haben Leerstandsfragen, die Vermittlung zwischen Raumsuchenden und Anbietern, Anfragen von Unternehmen professionell bearbeitet und an die Fachabteilungen weitergeleitet. Die Neuansiedlung im Pleiad-Gelände, die LIDL-Umsiedlung und die Ansiedlung von Konzok wurden erfolgreich von Herrn Reif begleitet. Dafür können wir dem Team der Stadtentwicklung und den beteiligten Fachabteilungen sehr dankbar sein. Ich freue mich im Übrigen mit Herrn Reif einen erfahrenen Wirtschaftsförderer und Stadtentwickler an meiner Seite zu haben. Wirtschaftsförderung ist nämlich auch in dieser neuen Struktur

„Chefsache“. Ich will Ihnen einen Auszug aus meinem Kalender ersparen über die unzähligen Gespräche mit Investoren und Unternehmern und die Beratungen, die wir in den letzten Monaten zu Wirtschaftsförderungs-/Stadtentwicklungs-fragen im Team geführt haben. Die neue Wirtschaftsbroschüre wurde im Wesentlichen unter Mithilfe des Büros OB, der Pressestelle und der externen Agentur, die für das Layout und die Werbeanzeigen verantwortlich war, erstellt. Sie sehen also, die Aufgaben sind verteilt und neu ausgerichtet worden.

zu Frage 3: Wie kann die bestehende Vernetzung mit der Wirtschaft erhalten werden?

Die bestehende Qualität der Vernetzung zwischen Wirtschaft und Verwaltung muss sicherlich aufgrund der Beurteilung der aktuellen und der früheren IHK Studien diskutiert werden. Wenn langjährige Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter gehen, wandert immer auch ein Teil ihrer Erfahrung und ihrer Netzwerke ab. Das ist ein durchaus normaler Prozess. Aber darin liegt auch eine große Chance begründet: Nämlich neue, strategisch ausgerichtete Netzwerke zu bilden und die Wirtschaftsförderung weiter in ein integriertes Stadtentwicklungskonzept zu überführen. Und übrigens: Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des FB 5 sind bereits hervorragend vernetzt. Darüber hinaus sind wir dabei, ein bisher nicht vorhandenes elektronisches Bestandsverzeichnis der in Speyer ansässigen Unternehmen, Einzelhändler und Kaufleute aufzubauen, was uns die Bestandspflege, ein seit Jahren bestehender Kritikpunkt, sehr erleichtern wird.

zu Frage 4: Müssen Neueinstellungen erfolgen?

Ich bin immer wieder überrascht wie großzügig die im Rat vertretenen Parteien, hier die FDP, bei solchen Diskussionen „Neueinstellungen“ fordern. Man achte auf die Formulierung im Plural: nicht eine Neueinstellung, sondern „Neueinstellungen“ sind hier angesprochen. Ja, wir wollen diese Stelle neu besetzen und zwar in einer Form, die den eingangs angesprochenen Rahmenbedingungen und Forderungen nach einer Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Kontext eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes entspricht.

zu Frage 5: Gibt es Mitarbeiter in der Verwaltung, die über eine entsprechende Qualifikation und Vernetzung verfügen?

Ob diese Aufgabe intern oder extern vergeben wird, muss noch geklärt werden. Wesentlich dabei ist, dass dafür eine Teamplayerin oder ein Teamplayer gesucht wird. Die Zeit für Pirouetten auf dem Parkett der Wirtschaftsförderung ist aus meiner Sicht vorbei.

40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

Gegenstand: Stellvertretende Besetzung des Schiedsamtes ab 07.01.2014
Vorlage: 1172/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, der Direktorin des Amtsgerichtes Speyer Herrn Bernhard Mückain als stellvertretende Schiedsperson nach der Schiedsamtordnung für eine weitere Amtszeit vom 07.01.2014 bis 06.01.2019 vorzuschlagen.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen (Tischvorlage)
Vorlage: 1176/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Ältestenrat:	neu: Angelika Wöhlert (stv. Fraktionsvorsitzende) für: Heike Häußler	-
Aufsichtsrat WES (3.):	neu: Angelika Wöhlert für: Heike Häußler	-
Ausschuss für Tourismus (9.):	neu: Angelika Wöhlert für: Heike Häußler	unverändert (Renzo Bertolini)
Haupt- und Stiftungsausschuss (11.):	neu: Georg Emes für: Heike Häußler	unverändert (Angelika Wöhlert)
Verwaltungsrat Sparkasse Vorderpfalz (19.):	neu: Michael Wagner für: Heike Häußler	unverändert (Dr. Axel Wilke)

2. Auf Vorschlag der BGS-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Sozialausschuss (18.):	neu: Dr. Reinhard Mohler Hermann-Wellensiek-Str. 19 für: Rainer Kopf	unverändert (Ruth Pfohl)

Schulträgerausschuss (16.):	unverändert (<i>Karin Hofmann</i>)	neu: Karin Mohler Hermann-Wellensiek-Str. 19 für: Rainer Kopf
Sportausschuss (21.):	unverändert (<i>Jürgen Lindacher</i>)	neu: Karin Mohler Hermann-Wellensiek-Str. 19 für: Rainer Kopf
Sportstättenbeirat (22.):	unverändert (<i>Jürgen Lindacher</i>)	neu: Karin Mohler Hermann-Wellensiek-Str. 19 für: Rainer Kopf

3. Auf Vorschlag des Verkehrsvereins Speyer:

Gremium:	Mitglied:
Beirat für Tourismus (9a.):	neu: Uwe Wöhlert Lina-Sommer-Str. 88 67346 Speyer für: Heike Häußler

40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
(Tischvorlage)
Vorlage: 1180/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen, Anregungen und Eingaben liegen nicht vor.

40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2013



40. Sitzung des Stadtrates 14.11.2013 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!